

## SPD warnt vor längeren Laufzeiten für Reaktoren

Thema Atomkraft könnte Knackpunkt einer großen Koalition werden / Umweltpolitiker grenzen sich von Grünen ab

Von Michael Bauchmüller

**Berlin** – Der geplante Ausstieg aus der Atomenergie könnte nach Auffassung führender Umweltpolitiker der SPD einer großen Koalition entgegenstehen. „Die Union hat sich da in einigen Fragen sehr festgelegt“, sagte der SPD-Fraktionsvize Michael Müller mit Blick auf Pläne der Union, im Falle eines Wahlsiegs die Laufzeit der Kernkraftwerke zu verlängern. „Ich weiß nicht, wie die da herunterkommen wollen“, fragte sich Müller. In der SPD stehe der Atomausstieg nicht zur Disposition. Dennoch versucht die Partei, sich in Umweltfragen von den Grünen abzugrenzen. Diese sollten „über den Umweltschutz etwas herauskommen und auch soziale und ökonomische Aspekte betrachten“, sagte Müller. Wenn die SPD ihre Umweltpolitik fortsetzen wolle, führe allerdings an einer Fortsetzung der rot-grünen Koalition kein Weg vorbei.

Zusammen mit den Fraktionskollegen Ulrike Mehl, Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Ulrich Kelber warb Müller für eine Umweltpolitik, die sich an einem schonenden Umgang mit Ressourcen orientiert. Dazu zähle auch, die Produktivi-

tät des Energie- und Rohstoffeinsatzes zu erhöhen. Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe sollten vermehrt an die Stelle konventioneller Energieformen treten, sagten die Parlamentarier. Ziel bleibe, unabhängig vom Öl zu werden. Auch in dieser Hinsicht erweise sich eine Verlängerung der Laufzeiten der Reaktoren als kontraproduktiv. „Der Druck auf die Erhöhung der Energieproduktivität wird sinken, wenn die Kernkraftwerke länger laufen dürfen“, sagte Weizsäcker, der dem Umweltausschuss des Bundestages vorsitzt. Die Union hatte eine längere Nutzung der Atomkraftwerke zu einer ihrer Hauptforderungen im Wahlkampf gemacht.

Aus der Energiewirtschaft erhielt die Union am Donnerstag Rückhalt für ihre Atompläne. Harry Roels, Chef des Essener Energiekonzerns RWE, bezeichnete längere Laufzeiten als „betriebswirtschaftlich vorteilhaft und energiewirtschaftlich sinnvoll“. Die Frage neuer Atomkraftwerke stelle sich in Deutschland aber zurzeit nicht, sagte Roels.

Eine Rückkehr zu längeren Laufzeiten müsse zudem nicht zwangsläufig bedeuten, dass andere Kraftwerksprojekte auf

die lange Bank geschoben würden. Dies hatten zuvor auch die SPD-Umweltpolitiker kritisiert. „Es ist ein Wahnwitz, jetzt den Druck auf die Modernisierung der Kraftwerke herauszunehmen“, hatte der SPD-Klimaexperte Kelber gewarnt. Dagegen kündigte RWE an, am Neubau von Kohlekraftwerken festzuhalten – unabhängig von der Lebensdauer der deutschen Reaktoren. „Unsere geplanten milliardenschweren Kraftwerksinvestitionen wären durch eine Laufzeitverlängerung nicht in Frage gestellt“, sagte Roels. Im Herbst will der Konzern über den Neubau eines Kohlekraftwerkes in Neurath bei Neuss entscheiden.

Das wiederum brachte in Essen Vertreter der Umweltschutzorganisation Greenpeace auf die Barrikaden. Mit dem Neubau setze das Unternehmen auf eine klimafeindliche Technologie, monierten die Umweltschützer. „RWE will offenbar Europas Klimakiller Nr. 1 bleiben“, sagte Gabriela von Goerne, Klimaexpertin bei Greenpeace.